

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen




Pressespiegel

20.08.2021

Inhalt

EWN

1 Russland will schon 2021 Gas via Nord Stream 2 liefern <i>Spiegel.de, 19.08.2021</i>	3
2 Konzerne schließen Milliardenvertrag für Atommüll <i>Spiegel.de, 19.08.2021</i>	4
3 Atomares Endlager mitten in Urlaubsregion? <i>Ostsee-Zeitung - Grimmener Zeitung, 20.08.2021</i>	5
4 Umweltminister: Zwischenlager Leese soll 2030 geräumt sein <i>Welt.de, 19.08.2021</i>	7
5 Bahn: MV erhält 60 Mio. Euro <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 20.08.2021</i>	8

 Spiegel.de | 19.08.2021 Stefan Schultz WEBLINK

UMSTRITTENE PIPELINE

Russland will schon 2021 Gas via Nord Stream 2 liefern

Der russische Staatskonzern Gazprom drückt bei Nord Stream 2 aufs Tempo: Schon in diesem Jahr soll die umstrittene Pipeline mehrere Milliarden Kubikmeter Gas liefern.

Der russische Energieriese Gazprom will nach der Fertigstellung der umstrittenen Ostseepipeline Nord Stream 2 noch in diesem Jahr 5,6 Milliarden Kubikmeter Gas durch die Röhre pumpen. Das teilte das Unternehmen mit.

Nach früheren Angaben des Betreibers, der Nord Stream 2 AG, sollten die Verlegearbeiten Ende August abgeschlossen werden. Einen Termin, wann die beinahe fertiggestellte Pipeline in Betrieb geht, gibt es bisher nicht. Nord Stream 2 soll russisches Gas auch nach Deutschland bringen.

Nach der Ankündigung von Gazprom sei der Gas-

preis am Donnerstag gefallen, meldete die russische Agentur Interfax. Nord Stream 2 verläuft von Wyborg in Russland durch die Ostsee bis nach Lubmin bei Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern. Das Projekt ist hochumstritten. Die US-Regierung kritisiert, Europa mache sich dadurch bei der Energieversorgung zu stark von Russland abhängig.

Gazprom zufolge wurden in den ersten sieben Monaten dieses Jahres schon 33,7 Milliarden Kubikmeter Gas durch die bereits bestehende Leitung Nord Stream gepumpt. Das seien mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. 2020 war demnach mit insgesamt 59,3 Milliarden Kubikmeter ein Rekordjahr.

RÜCKFÜHRUNG AUS FRANKREICH**Konzerne schließen Milliardenvertrag für Atommüll**

Der deutsche Atommüll in La Hague soll nun doch pünktlich bis Ende 2024 in die Bundesrepublik überführt werden. Dafür zahlen Energiekonzerne dem französischen Unternehmen Orano mehr als eine Milliarde Euro.

Die großen deutschen Energiekonzerne haben mit Frankreich einen Milliardenvertrag zur Rückführung des noch verbleibenden Atommülls nach Deutschland geschlossen. Laut dem mehrheitlich staatlichen französischen Atomkonzern Orano werden die Brennstäbe bis Ende 2024 aus der Wiederaufbereitungsanlage La Hague in Nordfrankreich in die Bundesrepublik zurückgebracht. Der Vertrag hat den Angaben zufolge einen Umfang von mehr als einer Milliarde Euro.

Das Abkommen mit den Konzernen PreussenElektra, RWE, EnBW und Vattenfall betrifft die Rückführung »der gesamten deutschen Atomabfälle, die noch im Orano-Werk La Hague lagern«, teilte der französische Konzern mit. Damit wird eine Grundsatzvereinbarung zwischen der deutschen und der französischen Regierung vom Juni umgesetzt.

Die Rückführung erfolgt damit schneller als erwartet. Mitte 2020 hatte die Bundesregierung noch damit gerechnet, dass das Material schlimmstenfalls erst »Mitte der Vierzigerjahre« komplett ins Zwischenlager Ahaus überführt werden könne. Intern wurde damals

die Jahreszahl 2047 genannt.

Die Abfälle mittlerer Radioaktivität sind die letzten, die aus der Wiederaufbereitung aus La Hague nach Deutschland zurückgeholt werden sollen. Die deutschen Energiekonzerne hatten in Frankreich 5310 Tonnen Atommüll wiederaufbereiten lassen.

»Mehr als 97 Prozent des radioaktiven Materials wurden bereits zurückgeschickt«, teilte Orano mit. Bei dem Rest-Atommüll handele es sich um hochaktiven Abfall, der den Großteil der Radioaktivität enthält.

Umweltschutzgruppen wie Greenpeace nennen die Bezeichnung Wiederaufbereitung »irreführend«, da nur wenige Prozent des Atommülls in neuen Brennstäben wiederverwendet werden. Der stark strahlende Müll muss eher zwischengelagert werden, bis ein Endlager zur Verfügung steht.

Im kommenden Jahr will Deutschland den Ausstieg aus der Atomkraft abschließen. Doch ein Endlager ist noch immer nicht gefunden.

 Ostsee-Zeitung - Grimmener Zeitung | 20.08.2021 | S. 13

 Auflage: 3.756 | Reichweite: 7.062

 Uwe Driest

ATOMMÜLLLAGER

Atomares Endlager mitten in Urlaubsregion?

In einer ersten geologischen Ansicht scheint auch das Gebiet westlich der Insel Rügen geeignet zu sein. Aber das Verfahren steht noch ganz am Anfang. Ein Sprecher des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung erklärt, dass nach einer ersten, sehr groben Einschätzung gut die Hälfte Deutschlands als Standort infrage kommt.

„Wehret den Anfängen“, fasste Christof Zuberbier die Diskussion seines Gremiums um die Suche nach einer Endlagerstätte für *atomaren* Müll zusammen. Das Thema hatte der Vorsitzende des Ausschusses für Verkehr, Ordnung, Umwelt und Naturschutz der Stadt Bergen auf die Tagesordnung genommen.

Tatsächlich stehe das Verfahren für die Suche eines Endlagers noch ganz am Anfang, weiß Christoph Paarmann. Weil aber unter die erste Auswahl von 90 Standorten auch das „Steinsalz-Gebiet in flacher Lagerung“ fällt, das sich im Westen Rügens auch über die Schwesterinseln Hiddensee und Ummanz und fast bis nach Bergen erstreckt, hatte der Bergener Bauamtsleiter eine Mitarbeiterin beauftragt, an einer dreitägigen virtuellen Fachkonferenz des Bundesamts für die Sicherheit der *nuklearen Entsorgung (BASE)* teilzunehmen. „Nach einer ersten, sehr groben Einschätzung käme gut die Hälfte Deutschlands als Standort infrage“, sagt dessen Sprecher Christoph Hamann.

„Dieses Beteiligungsverfahren ist dem Lernprozess aus den 70er- und 80er-Jahren geschuldet, als der Staat unabhängig von wissenschaftlichen Erkenntnissen den Standort Gorleben politisch entscheiden wollte.“ In den nächsten Schritten werde nun die Beschaffenheit der Oberfläche und danach des Untergrunds geprüft. Über jeden dieser Zwischenschritte entscheide zunächst der Bundestag. „In ein oder zwei Jahren können wir Standortregionen benennen, die in die engere Wahl kommen. Dann wird es spannend, weil wir wirklich über Standortregionen sprechen“, so der *BASE*-Sprecher. Das gesamte Verfahren soll 2030 abgeschlossen werden, damit ab 2050 die Einlagerung beginnen kann.

Mit der Umsetzung der Endlagersuche ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung (*BGE*) mit Sitz im nieder-

sächsischen Peine beauftragt. Deren Sprecherin Dagmar Dehmer kann bisher keine der 90 Regionen ausschließen. „Wir behandeln in dieser Phase alle Flächen gleich.“ Dass es sich bei Rügen um ein Gebiet von großer touristischer Bedeutung handelt, das zudem von zwei Nationalparks umrahmt ist, spiele erst dann eine Rolle, wenn es um die Entscheidung zweier geologisch gleich geeigneter Regionen gehen würde. „Dann könnte das den Ausschlag geben“, so Dehmer. Wenn Rügen in die engere Wahl fiele, käme theoretisch auch ein Standort im Wasser infrage. „Da wäre die Gewährleistung des Betriebssicherheit nur anspruchsvoller, weil der Schacht ja nicht volllaufen darf.“ Die Nähe zu Lubmin spiele indes keine Rolle bei der Auswahl, so Dagmar Dehmer auf Nachfrage. Das dortige *Zwischenlager Nord* hatte nach dem Willen des Landtags MV nur *Atom Müll* der stillgelegten *Atomkraftwerke* der DDR einlagern sollen. Doch weil das Lager dem Bund gehört, genehmigten Gerichte die Einlagerung von *atomarem* Müll aus dem gesamten Bundesgebiet. Kritiker befürchteten daher bereits, der *Atom Müll* könnte im dünnbesiedelten Nordosten der Republik verbleiben.

Während Lubmin aber offenbar ausscheidet, erfüllt das im nordöstlichen Norddeutschen Becken vorkommende Steinsalz mit einer maximalen Mächtigkeit von 340 Metern wichtige Voraussetzungen. Ausgeschlossen seien zunächst nur Gebiete, in denen Erdbeben eine Rolle spielen oder Vulkane vorkommen, weiß Christoph Paarmann. „Schließlich muss die Lagerstätte Sicherheit für eine Million Jahre garantieren“, so der Bauamtsleiter. Dann kann man die Betreiber aber nicht mehr belangen“, spannt Anja Ratzke den Gedanken weiter.

Das Thema spielt für den Geschmack der Bergener Bürgermeisterin eine zu geringe Rolle auf der Insel. „Ich habe den Eindruck, dass wir die einzigen sind,

die sich einbringen, und würde mir wünschen, dass sich auch meine Kollegen und der Tourismusverband an dem Prozess beteiligen“, so Ratzke. „Letztlich ist das ein Inselthema.“ Das Verfahren müsse man von Anfang an verfolgen, sonst könne man später keine Stellungnahme abgeben, so Ratzke. „Das Steinsalzvorkommen reicht fast bis Bergen“, stellte Ausschussmitglied Alexander Henning (BB) fest und glaubt: „Wer

sich am wenigsten wehrt, bekommt das Ding am Ende.“

Zitat-Text:

”Wer sich am wenigsten wehrt, bekommt das Ding am Ende.” - Alexander Henning, Mitglied im Bergener Umweltausschuss

Welt.de | 19.08.2021 | S. Online 19.08.2021 18:23 Uhr

WEBLINK

Umweltminister: Zwischenlager Leese soll 2030 geräumt sein

Hannover (dpa/lni) - Aus dem Zwischenlager Leese wird weiter schwach **radioaktiver** Müll nach **Jülich** gebracht und dort auf die Lagerung im künftigen Endlager Schacht Konrad vorbereitet. Das sagte der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies (SPD) nach einem Treffen zum Problem der Landessammelstelle Leese im Kreis Nienburg. "Der Plan steht, und wir halten daran fest: Bis spätestens 2030 soll kein Fass mehr in Leese, sondern im künftigen **Endlager Konrad** stehen", sagte Lies nach Angaben seines Ministeriums vom Donnerstag.

Den Angaben nach wurde im Herbst 2020 begonnen, einen Bestand von 1484 Fässern nach **Jülich** abzutransportieren. Die Fässer stammen aus der frü-

heren Landessammelstelle Steyerberg und enthalten schwach strahlenden Abfall aus Medizin, Forschung und Technik. Sie werden in **Jülich** umgepackt in Container, die später im Schacht Konrad in Salzgitter eingelagert werden können.

Nach Angaben der Bürgerinitiative Strahlenschutz Leese sagte Lies zu, dass höchstens 50 fertige Konrad-Container aus **Jülich** zwischenzeitlich nach Leese zurückkehren sollen. Außer den Steyerberg-Fässern lagern in Leese noch weitere 3400 Behälter mit **radioaktiven** Altabfällen. Auch sie sollen kurzfristig nachbehandelt werden, um sie in einen endlagerfähigen Zustand zu bringen, teilte das Umweltministerium mit.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 20.08.2021 | S. 10

📄 Auflage: 29.748 | Reichweite: 71.950

Bahn: MV erhält 60 Mio. Euro

Für den neuen Deutschlandtakt der Deutschen Bahn will das Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern mehr als 60 Millionen Euro investieren. So soll etwa der Bahnhof Hagenow (Landkreis Ludwigslust-Parchim), wo von der Strecke Hamburg-Berlin jene nach Schwerin und Rostock abzweigt, für zehn Millionen Euro zweigleisig ausgebaut werden, wie aus dem jüngsten Maßnahmen-Plan der Bahn hervorgeht. Bei Ludwigslust sei eine zusätzliche Weichenverbindung für 3,1 Millionen Euro nötig.

Der Bahnhof Rövershagen bei Rostock soll zum Kreuzungsbahnhof von und nach Graal-Müritz umgebaut

werden (Kosten: 11,2 Millionen Euro). Im Bahnhof Neustrelitz wird eine zusätzliche, beidseitig angebundene Bahnsteigkante für 7,7 Millionen Euro für nötig erachtet. Im Bahnhof Lietzow (Vorpommern-Rügen) ist ein zusätzlicher Fernverkehrshalt angedacht. Dazu muss der Bahnsteig verlängert werden, so die Bahn - Kostenpunkt: 15,5 Millionen Euro. Auf dem Rügendamm soll die mögliche Geschwindigkeit auf 100 Kilometer pro Stunde für geschätzte 16,2 Millionen Euro erhöht werden. Mit dem Deutschlandtakt sollen der Fern- und Regionalverkehr besser aufeinander abgestimmt werden.